

ist Amt angetreten habe, würde der neue Außenminister sich mit den hierzu nötigen Unterhandlungen befassen.

Volksbegehren in Sachsen.
Der sächsische Landtag nahm ein Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Stimmen der Kommunisten, die in Sachsen bekanntlich Regierungspartei sind, an. Die Regierung hatte in den Gesetzentwurf eine Bestimmung hineingebracht, wonach die Zeitungen verpflichtet sein sollten, die Bekanntmachung über den Volksentscheid unentgeltlich abzurufen. Diese Bestimmung wurde mit Stimmengleichheit (45 Bürgerliche gegen 45 Sozialisten) abgelehnt.

Rußland.

X. Kuffand gegen die Sowjets. Zu der gegenrevolutionären Bewegung in Rußland wird gemeldet, daß Trotski an den Befehlshaber der baltischen Flotte ein Ultimatum gerichtet habe, in dem er namens der Sowjetregierung die Übergabe der Schiffe binnen 48 Stunden an sein Kommando verlangte. Der Kommandant der Flotte lehnte dieses Verlangen ab und erwiderte, er werde die Flotte gegen die Bolschewisten bis zum äußersten verteidigen. Nach einem Moskauer Funkspruch haben die Roten Truppen die gegenrevolutionäre Bewegung in Petersburg niedergeschlagen. Bei dem Straßenkampf wurden über zweihundert Personen getötet.

Beschlüsse der Ernährungsminister.

Das Umlageverfahren.

Die Konferenz der Ernährungsminister hat ihre Verhandlungen zu Ende geführt. Die Besprechung über die künftige Getreidebewirtschaftung hatte das Ergebnis, daß etwa eine Umlage bis zu einem Durchschnitt von vier Doppelcentnern pro Hektar der Gesamtanbaufläche von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer ausreicht werden soll. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 2. Dezember 1915 besprochen. Es ergab sich dabei Über einstimmung in der Auffassung, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, in dem die Abgabebeschränkungen und Höchstpreisfestsetzungen der Länder und der Kommunalverbände über Erzeugnisse, für die das Reich die öffentliche Bewirtschaftung aufgegeben hat, vollkommen fallen können. Den Ländern, nicht auch den Kommunalverbänden, soll die Befugnis gegeben werden, im Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Behebung von Notständen Maßnahmen in diesem Sinne zu treffen. Als Ziel muß im Auge behalten werden, in absehbarer Zeit solche Beschränkungen völlig zu beseitigen. Bei der Besprechung über die Fleischversorgung zeigte sich, daß eine Ausdehnung der Verordnung vom 19. September 1920 hinsichtlich des Schlachtkörperzwanges für den Viehverkehr und des Konzeptionszwanges für den Fleischablag, wie sie von verschiedenen Landesregierungen vorgeschlagen war, nicht zweckmäßig erscheint. Die durch Verteilung von verbilligtem Reis nunmehr ermöglichte Schweinemästung auf vertraglicher Grundlage soll unverzüglich durchgeführt werden. Bezüglich der Kartoffelversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung völlige Freigabe entsprechend dem Vorschlag der Reichskartoffelstelle empfohlen. Beschränkungen sollen nur bei besonderen Notständen mit Zustimmung des Reichsministeriums zulässig sein. — Anschließend erfolgte eine eingehende Aussprache über die gegenwärtige Lage der Milch- und Fleischwirtschaft, und die zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation notwendigen Maßnahmen. Die Aussprache hatte aber zunächst nur vorbereitenden Charakter, da auf der nächsten Konferenz der Ernährungsminister die Frage der Neuregelung der Milch- und Fleischwirtschaft einer endgültigen Beratung unterzogen werden soll. Es bestand Einverständnis darüber, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um zu einer Steigerung der Milchproduktion und zu einer besseren Versorgung der Verbrauchszentren mit Milch zu gelangen.

Simons im Reichswirtschaftsrat.

Vorschau auf London.

Nur vor seiner Abreise nach London, wo sich der Endkampf um Deutschlands Zukunft abspielen wird, erscheint Reichsaußenminister Dr. Simons in dem soeben wieder zusammengetretenen Reichswirtschaftsrat, um noch einmal in aller Öffentlichkeit die Unmöglichkeit des Pariser Diktates darzulegen. Er sprach zunächst über die Entwaffnungsverpflichtungen und sagte: „Wir haben uns militärisch so ziemlich bis auf Hemd ausgezogen.“ Unter dem Verdammnis der militärischen Abrüstung sei aber eine wirtschaftliche und industrielle Verabsicherung der deutschen Leistungsfähigkeit bezweckt; ein Thema, das Dr. Simons eingehend behandelte. Dann betonte der Minister: Ich hoffe, daß in London sich Gelegenheit bieten wird, über diese Fragen verständlich mit den Gegnern zu unterhalten. Ob das der Fall sein wird, ist freilich nicht sicher. Ohne eine Einigung auf der allgemeinen Basis der Interessen unserer Gegner dürfen wir nicht hoffen, zu positiven Ergebnissen in London zu kommen, und wir werden unsere Gegenvorschläge so einrichten müssen, daß wir auf eine Einigung mit unseren Gegnern doch rechnen können.

Freilich wird jetzt in der französischen Presse gesagt, in London handle es sich nicht mehr um eine Änderung der Pariser Beschlüsse, sondern um deren Durchführung. Dann gehen wir vergebens nach London, denn eine Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse halte ich für völlig ausgeschlossen. Es liegt mir fern, vor ihnen alle unsere Gründe dafür noch einmal auszubringen.

Ich will mich nur auf den einen Punkt beschränken, auf die Unmöglichkeit der Annuitäten und die Unmöglichkeit der zwölfpromzentigen Abgabe auf den Export. Eine besondere wichtige Annuität ist bekanntlich die Leistung der 6 Milliarden Goldmark jährlich, die 42 Jahre lang auf der deutschen Wirtschaft lasten soll. Es ist der Überschuss des Exports, den diese Leistung jährlich voraussetzt. Alle Sachverständigen bei uns sind darüber einig, daß wir diese 6 Milliarden nur werden leisten können, wenn auf die Dauer sich ein Überschuß der Ausfuhr ermöglichen läßt. Wir müssen dann mit einer außerordentlich großen Gesamtausfuhr rechnen. Ein großer Teil unserer Ausfuhr beruht aber auf der Einfuhr von Rohstoffen, die wir verarbeiten, desto mehr steigern wir auch den Wert unserer Ausfuhr. Der ganze Export gerät in Unordnung, nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle übrigen Länder. Eine solche Ausfuhr können wir nur annähernd herstellen auf Kosten des eigenen Inlandsbedarfes. Das kann man aber nicht, wenn man den Inlandsbedarf gar zu sehr einschränkt. Es ist nicht eine durchdrachte, sondern

von rasendem Optimismus eingegebene Idee, daß wir dauernd sechs Milliarden Goldmark aus unserem Ausfuhrüberschuß den Gegnern zur Verfügung stellen sollten. Schon jetzt macht sich aber überall das Bestreben geltend, unsere Ausfuhr zu unterbinden, die deutsche Konkurrenz wieder zurückzubringen. Wie paßt dazu das Verlangen, neben den sechs Milliarden Goldmark aus auch noch eine zwölfpromzentige Ausfuhrabgabe aufzuerlegen. Zum Schluß sagte der Minister: „Von der Reichsregierung ist bereits beschlossen worden, daß wir Gegenvorschläge

machen wollen. Wir haben uns große Mühe gegeben, diese ungeheure schwere Aufgabe zu lösen, um mit praktischen Vorschlägen kommen zu können. Wir müssen dabei die Bedürfnisse unserer Gegner prüfen und suchen, ihnen genug zu tun. Es handelt sich namentlich um das gewaltige Finanzbedürfnis Frankreichs, das sich schon ausbricht in den außerordentlich hohen Summen, die Frankreich aus eigenen Mitteln für Reparationszwecke bereits aufgewendet hat, und dann aus dem schweren finanziellen Defizit der französischen Staatsfinanzen.“

Eine einstimmige Entschliessung.

Nach einer Besprechung der Ministerde wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Der Reichswirtschaftsrat erachtet es für seine Pflicht, vor dem Lande und der Welt zu bezeugen, daß er die in der Pariser Note erhobenen Forderungen für unerfüllbar hält. Der Reichswirtschaftsrat bittet deshalb die Regierung, in Erfüllung der Verpflichtung zur Wiederherstellung die äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzufassen. Sollte auf dieser Grundlage eine Einigung mit den Gegnern nicht zu erzielen sein, so bittet der Reichswirtschaftsrat in voller Erkenntnis der Folgen die Reichsregierung einmütig und dringend, bei ihrer Ablehnung der gegnerischen Vorschläge zu beharren.“

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 26. Februar 1921.

Werkblatt für den 26. Februar.

Sonnenaufgang	6 ⁵⁴	Mondaufgang	11 ⁰⁰
Sonnenuntergang	5 ⁵¹	Monduntergang	8 ⁵⁸

1802 Französischer Dichter Victor Hugo geb. — 1871 Unterzeichnung des Präliminarfriedens von Versailles. — 1909 Pöbeljoub Hermann Ebbinghaus geb.

Wochenchau.

Nun ist es also wirklich beschlossen, die Wohnungssteuer! Mit sehr ernstlichen Gesichtern wird man das Gebilde in der Bevölkerung beschreiben. Ob ein nennenswerter Erlös damit zu erzielen sein wird? Der Grund, daß man sich durch Geld von den Unbegreiflichkeiten loskaufen kann, durch die ein weniger Bemittelter in seinem Heim bedrückt wird, ist an sich durchaus nicht los. Aber wir wollen nicht reden, das man erkennen die Schwierigkeit einer gerechten Verteilung der Kosten an. Hoffen wir, daß der Sinn hier über den Buchstaben gemietet wird. Wenn zur Zufriedenheit zu arbeiten, ist ja in jeder Hinsicht schwer. Das muß auch der Herr Reichsminister P. sich zum Troste für die wiederholte Beanstandung seines Ernährungsberichtes dienen lassen. Das Publikum der Kleinstadt läßt gar zu oft das Bedürfnis, seine Zeitung korrigieren zu wollen, wobei nur ein kleiner Teil die Form des „Eingelassens“ wählt, andere lassen es sich an lobenden Zuschriften genügen. Nimm die Kritikstellung ein „Eingelassenes“, das sich gegen sie oder ihre Mitarbeiter richtet, zur Veröffentlichung auf, so beweist die Zeitung ein Entgegenkommen, das man in einer Großstadtzeitung vergeblich suchen würde. Einem anderen Stand dürfte man aber mit einer solchen Zumutung überhaupt nicht nahen. Wer würde verlangen, daß ein Ladenbesitzer eine Verhöhnung darüber ausdient, daß seine Waren nicht dem Wunsch jedes einzelnen Käufers entsprechen. Dort schmeißt der Unzufriedene, soviel Grund zum Grollen er auch haben mag. Gegen den Zeitungsmann erhebt sich aber sofort harte Kritik. Auch meine beschriebene Wochenchau der letzten Sonntagsnummer hat eine solche herausgefordert. Sie wurde in einer Familie vorlesen. Aufmerksam lautete der Schwager: „Du und? Ist er sich am Schluß doch unbefriedigt vernehmen.“ „Ja, weiter!“ „Weiter geht es nicht, es ist zu Ende, mein Junge.“ „Ja, aber, daß wir zur Schule anemeldet sind, hat er wohl vergessen?“ ... Schuldbezug muß ich einsehen: Ja, kleiner Kellner, das hätte ich vergessen oder vielmehr, ich habe es gänzlich erwischt. Für euch, die ihr aber zu Oßern zum ersten Male die Bänke in der Schulstube blank polieren werdet, ist es allerdings eine wichtige Sache, und als solche mühten es auch Eltern und Lehrer auf. Die Erbschaftssteuer der Sozietät ist die Hoffnung unseres Volkes. Gerade dieser Altersklasse wird es bedauern sein, bei erreichtem vollen Manesalter, die letzten Schreden des ungeliebten Alters weit machen zu können. Dafür bedarf es einer ganz besonderen Festhaltung, denn wenn nicht ein Ausweg aus der entsetzlichen Ansdickel bis dahin gefunden werden konnte, werden diese letzten WAG-Schreden, die Mitte der Bierziger Altersstufen haben, eher sie dem Vaterland ihre Kräfte und Mittel ohne Einschränkungen weihen dürften. Geht es nach dem Willen unserer Feinde, dann wäre freilich bis dahin unserer Klasse die Energie zur Selbstbehauptung geschwunden. Das zu verhindern liegt jetzt in den Händen der Eltern und Lehrer, die nicht milde werden dürfen, alles zu wachen und was zu halten, was anständig und körperlich zum wirtschaftlichen Kampf gegen die Unwelt läßt. Daneben aber muß uns der Gedanke beleben, daß, wieviel durch politische Verteilungen der jetzt uns feindlichen Staaten, der durchläufige Schandort und seine widerrechtlichen Erweiterungen nicht zur gänzlichen Durchföhrung kommt. Woher die Hilfe uns werden soll, das steht freilich noch hinter den Wolken verborgen, und was auf die Unterföhrung durch einzelne Klassen der feindlichen Nationen rechnet, beweist nur die ordnungswidrige Unkenntnis der Pflicht unserer Feinde, durch die Deutschland ins Elend geraten ist. Das Ausland kennt unsere Schwächen besser und will sie gelehrt zu unserm Schaden auszunutzen. Wir aber werden unsere eigenen Volksgenossen nach rechts und links nicht, viel weniger die Charaktere der uns bedrückenden Völkler. F. G. D.

Naunhof. Morgen Sonntag findet vorm. 1/2 11 Uhr Gottesdienst für Innere Mission statt, in welchem Herr Missionsdirektor Faust aus Leipzig predigen wird, und nachmittags von 3 Uhr an eine Versammlung im Goldhof zum Goldenen Stern, bei welcher derselbe über die Notlage der vertriebenen Werke der Inneren Mission berichten wird. Für manche dürfte sowohl der Gottesdienst als auch die angelegte Versammlung großes Interesse haben, weshalb wir von dieser Stelle aus darauf hinweisen.

Naunhof. Der hiesige Männergesangsverein „Froh-sinn“ (Mitgl. des A.-S.-V.) hält Sonntag, den 27. Februar abends punkt 7 Uhr im Goldhof zum „Goldenen Stern“ eine große öffentliche Abendunterhaltung ab. Der Verein ist am Orte der stärkste Gesangsverein, ist daher auch diesmal in der Lage, den geehrten Gästen ein äußerst reichhaltiges gutes Programm zu bieten. Der Chor wird unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Herrn Helm, Leipzig mit gut gemischten Liedern aufwarten. Ferner kommen Solofstücke für Tenor, Bass etc., Gesangs-Duetts, wirkungsvolle Couplets, humoristische Gesangsstücke (zum Teil lachen), ein sehr interessantes Theaterstück in drei Akten, schließlich auch ein Cellovortrag mit Klavierbegleitung des berühmten Largo v. S. B. Händel zum Vortrag. Da der Eintrittspreis ein mäßiger und ein genußreicher Abend gesichert ist, wäre ein zahlreicher Besuch dieser Abendunterhaltung nur zu empfehlen.

Naunhof. Die Schühengefellschaft veranstaltet nächsten Montag im Saale des Rathshaus einen Familienabend für seine Mitglieder und deren Angehörige. Die Festlichkeit soll der zeitigen Polizeistunde halber bereits um 6 Uhr beginnen. — Gleichzeitig sei auf eine an den Verein ergangene Einladung hingewiesen, welche die hiesige Kirchgemeinde zu der für Sonntag nachm. 3 Uhr angelegten Missions-Versammlung ergeben läßt.

Naunhof. Die Monatsversammlung des Bezirksobstbauvereins, in welcher Herr Max Paul Bericht über die Chemnitzer Sitzung erstattete, war sehr zahlreich besucht. Von einem Austritt aus dem Landes-Obstbauverein soll vorläufig noch abgesehen werden, bis erst die Dresdener Versammlung Klarheit in dieser Angelegenheit gebracht hat. Mehrere Eingänge wurden vorgelesen, u. a. eine Einladung vom Pfarramt zu der am 27. Februar, nachmittags 3 Uhr im Goldenen Stern stattfindenden öffentlichen Missionsversammlung. Angemeldet hatten sich 8 Mitglieder und wurden dieselben einstimmig aufgenommen. Die nächste Versammlung nebst Samenverteilung findet am 7. März statt. Zum Schluß verlas der Vorsitzende noch einen sehr interessanten Artikel über: „Wie gedeiht Birne auf Apfelselbstorte?“

Naunhof. Der Steuer-Buchführungskurs, der gestern im „Goldnen Stern“ begonnen hat, scheint großen Anklang zu finden. Vor allem hatten sich viel ältere selbständige Gewerbetreibende und Landwirte, auch von auswärts, eingefunden. Die Teilnahme an demselben kann man allerdings auch als ein „Gebot der Stunde“ bezeichnen, und die verständliche, praktische Art, in der der Vortragende zu Werke ging, erleichterte selbst ganz Ungeübten das Verständnis. Wie üblich, werden jetzt, nachdem sich die Sache herumgesprochen hat, manche bedauern, sich nicht mit angemeldet zu haben. Solchen, die das nachträglich tun wollen, sei hierdurch mitgeteilt, daß sie noch eintreten können und daß für sie eine besondere Unterrichtsstunde eingelegt wird, in der sie das gestern Versäumte nachholen können. Anmeldungen im „Goldnen Stern“ und beim Vorsitzenden des Gewerbeverbandes, Herrn Reinhardt.

Naunhof. Am vergangenen Donnerstag trafen sich zwei arbeitslose Burschen im Alter von 18 und 25 Jahren aus Leipzig in Grohneinberg und Klinga umher, jeder, um angeblich einen Ruckloch voll Kartoffeln zu kaufen. Bei dieser Gelegenheit fanden sie beim Bauunternehmer Tiele in Klinga ein fast neues Herrenrad im Werte von 1200 Mk. im Hof stehend vor, welches sie entwendeten und mit ihm in der Richtung nach Leipzig zu fahren. Der Besohlene nahm sofort mittels Fahrrad die Verfolgung auf und holte die Diebe zwischen Naunhof und Fuchsheim ein. Dort gelang es ihm, dieselben mit Hilfe eines hiesigen Einwohnens aufzuhalten, das Fahrrad abzunehmen, einen der Diebe festzuhalten und auf hiesiger Polizeiwache abzuliefern. Dagegen gelang es dem anderen Dieb, durch schnelles Abpringen vom Rad, zu flüchten. Die Flucht ist für Letzteren wertlos, weil er von seinem Komplizen verraten wurde. Der Ergreifene wurde an das Amtsgericht Grimma abgeliefert und die beiden Diebe werden ihrer Strafe entgegenzusehen. Dieses Vorkommnis dürfte für solche, welche ihre Räder, wie man es oft wahrnimmt, ohne Aufsicht stehen lassen, eine Warnung sein.

Arbeiterfahrkarten. Am 1. März 1921 treten bei der Reichsbahn neue Bestimmungen über Arbeiterfahrkarten in Kraft. Während solche Karten bisher nur an Personen abgegeben wurden, die mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind, sind künftig alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen (also auch Beamte und Angestellte) ferner Beamtenanwärter, Lehrlinge und andere zur Berufsausübung beschäftigte Personen zum Erwerb der Arbeiterfahrkarten berechtigt. Die Arbeiterfahrkarten sind nicht für Ausflüge usw. bestimmt; sie sollen den Arbeitnehmern nur den Besuch ihrer Familie an den Sonn- und Festtagen erleichtern. Die Karten werden nur für 4. Klasse ausgegeben auf Entfernungen von 21 bis in der Regel 100 Kilometer. Sie gelten nur zur Fahrt zwischen dem Wohnort und dem Arbeitsort. Die Karten gelten 7 Tage. Erhältlich sind die Arbeiterfahrkarten sowohl am Wohnort als auch am Arbeitsort. Beim Erwerb der Karten ist ein Ausweis nach vorgeschriebenem Muster vorzulegen. Der Arbeitgeber hat darin zu bestätigen, daß der Arbeitnehmer bei ihm beschäftigt ist. Vordrucke zu den Ausweisen sind an den Fahrkartenhäkern zum Preise von 10 Pf. erhältlich. Die bisher vorgeschriebenen gewöhnlichen Ausweise werden am 28. Februar 1921 ungültig.

Verteuerung der Postkarten. Die Postverwaltung hat den Preis für Vordrucke mit aufgedruckter Freimarke, wie Postkarten und Postanweisungen, um 5 Pf. erhöht. Der Mehrbetrag wird als Zuschlag für das Papier erhoben. Es kostet jetzt 3. v. eine Postkarte den Betrag der aufgedruckten Freimarke, 30 Pf., und 5 Pf. für das Postkartenformular, also 35 Pf.

Keine Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise im Nahverkehr. Zu der Meldung über die geplante abermalige Erhöhung der Eisenbahnpersonalarifemonauch die neuen Fahrpreise sich auf Einheitsätze aufbauen sollen, die für die vierte Klasse 13 Pf. für den Kilometer betragen, wird mitgeteilt, daß die Steigerung der Fahrpreise nur auf die Fernbahnen Anwendung findet. Eine Erhöhung der Fahrpreise im Nahverkehr sei für die nächste Zeit jedenfalls nicht vorgesehen.

Der sächsische Landtag hat mit 44 Bürgerlichen gegen 43 sozialistische und kommunistische Stimmen den Antrag der Regierung, ihr einen Kredit von 500 Millionen Mark zu bewilligen, abgelehnt und den bürgerlichen Antrag, nur 250 Millionen zu bewilligen, angenommen. Das bedeutet die erste parlamentarische Niederlage der sozialistischen sächsischen Regierung in einer wichtigen Frage. Das gleiche Schicksal der Ablehnung drohte auch dem kommunistischen Antrag auf Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen. Hier wurde eine Abstimmung durch die Sozialdemokraten veranlaßt, die sich vorher aus dem Sitzungssaal entfernten.

Leipzig. Im hiesigen Amtsgericht am Peterssteinweg spielte sich am Mittwoch mittag eine blutige Tragödie ab. Der seit einem Jahre von seiner Frau getrennt lebende Fleischer Richter ermordete nach erfolglos verlaufenem Sühnelern seine Frau auf der Treppe des Amtsgerichts durch unzählige Messerstiche, wobei deren Tod sofort eintrat. Die amtliche Untersuchung ist noch im Gange.

Röhren. Die Röhren Soag, die bisher von Herrn Rudolph Röhren in Wurzen für ca. 1700 Mk. jährlich gepachtet war, wurde von neuem verpachtet. Bei harter Beteiligung von Hietern gab Herr Hofrat Dr. Schwabe in Leipzig das höchste Gebot ab, der den Zuschlag mit 11900 Mk. jährlicher Pachtsumme erhielt. Das Jagdgebiet umfaßt ungefähre 1262 Acker oder 690 ha. Die Jagdnutzung ist also um 700 Prozent veräuert.

Die Chemnitzer Stadtorordneten genehmigten die Einführung einer Wohnungsluxussteuer, durch die besonders

die Inhaber von Wohnungen sind. Die Soag bei einem

— Gey Stadtorordneten lichen Parteien Tage lang zur

— Dres Der Hauptlehrer in Dresden des lands abzuhalten der weltliche werden.

— Lam Soag auf Ge für den Preis

— Zitte die Einführungen schließen. Die Wohnungsinhaber nach Paragraph Mark bei 3 9 bei 5 Rüdmen Rüdmen, 150 griffen der sog demokratischer erblickte darin die menschliche inisse nach dem

— Bauj Kreifen erzeugt, mongell, es el seinen Arbeiter 200 veräuert, 200 Zentner der erblickt. Auch Preis für das der hier übliche belüßt. Der

Eine neue Eine Sprechereiner Wö es nötig zu Weisprache zu mals wird v Weise, wie m führung einer hat: daß d sprachen treten gen solle. G Zeitprache Hilfsptra überall dort h Verschiedensprachen. Künst geringere Zahl r anto sind n

Zeit hat Ziemer, d schaft nachsch den, von der eben genannten Fällen — etw der Wissenschaftlichen Verkehr zwischen der sprache ist alle „Ziemer“ die arabif gungszahlen voner usw; zu werden würde ein, zwei, dr Japanischen e verchiedener ständigungszei diese Zeichen s denn daß a Fixierung (1) bekannt.

Ziemer be genschaft für r festsetzt und meit. Solche könnten nun in den, und die Ziemer) in Sprache „schret wer die Zahl wiesen kann, d gleichgültig, o über französje zeichensystem ein Strich unie Zeitwortes, el seine 2 über s wortes dar s. Somit wa nicht bewieien, verschieden sein Ziemers Verfa doch größer, o haben mag. S tea — größer Sprachenmaße auf den Kernp lich gar nicht s schon im 17. remacht hat, w eibniz, ein sinnigsten Dent cischen müßte „zahlenmäßige größer sind al ungsystem sit